



Lokale Agenda 21 Leonberg
Arbeitskreis Immissionen



Bürgerinteressengemeinschaft
Gartenstadt/Glemstal e.V.

Gemeinsame Pressemitteilung vom 26.05.2008

Ansprechpartner:

Ewald Thoma, Tel.: 07152 31027 oder mobil 0171 4025272

E-Mail: ewald.thoma@t-online.de

Internet: www.leobigg.de und www.agenda21-leonberg.de

Dicke Luft an der Rutesheimer Straße

Bericht der LUBW zeigt: Altstadtunnel ist totgeborenes Kind

Die Leonberger Bürger haben sich fast schon daran gewöhnt. An der Grabenstraße werden die Grenzwerte der Luftverschmutzung Jahr für Jahr überschritten. Nun zeigt sich aber, dass dies auch an anderen Hauptverkehrsstraßen in Leonberg so ist.

Im Auftrag der Lokalen Agenda Leonberg und der Bürgerinteressengemeinschaft Gartenstadt/Glemstal (BiGG) hat die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) im Jahr 2007 Messungen des Schadstoffs NO₂ durchgeführt. 50% der Kosten wurden durch die BiGG übernommen und durch zweckgebundene Spenden ihrer Mitglieder finanziert. Ziel war die Ermittlung des Jahresmittelwerts. Ab dem Jahre 2010 ist dafür ein gesetzlicher Grenzwert von 40 µg/m³ gültig. Der nun vorgelegte Bericht der LUBW zeigt: Dieser Wert wurde im Jahr 2007 an der Rutesheimer Straße zwischen der Einmündung der Bahnhofstraße und der Clausenmühle mit 47 µg/m³ deutlich überschritten. Zwar ist der Wert an der Grabenstraße mit 75 µg/m³ noch höher, aber der Wert an der Rutesheimer Straße ist im Vergleich dazu überraschend hoch, da an diesem Straßenabschnitt LKW-Fahrverbot besteht und derzeit weniger als halb so viele Fahrzeuge verkehren wie an der Grabenstraße. Außerdem zeigt ein in dem Bericht enthaltener langjährige Vergleich der Messwerte an der Grabenstraße, dass das Jahr 2007 ein meteorologisch für die Schadstoffbelastung sehr günstiges Jahr war und daher der gemessene Wert eine Untergrenze darstellt. Der Wert dürfte in ‚Normaljahren‘ an dieser Stelle über 50 µg/m³ liegen. Dadurch ist klar: Leonberg hat nicht nur an der Grabenstraße ein Schadstoffproblem sondern auch an anderen Hauptverkehrsstraßen der Kernstadt – insbesondere an Stellen, die topografisch und kleinklimatisch ungünstig liegen, wie es im Glemstal der Fall ist.

Dieses Ergebnis ist für die aktuellen Planungen der Stadt im Zusammenhang mit dem Stadtbau ‚Leonberg Mitte‘ und Altstadtunnel von hoher Brisanz. Schließlich soll das dieser Planung zugrunde liegende Verkehrskonzept den Verkehr von der Achse Grabenstraße/Eltinger Straße hinab ins Glemstal verlagern, um oben die Belastung zu verringern. Mehr als 20.000 Kfz/Tag sollen genau an der Stelle aus

einem neu zu bauenden Tunnel herauskommen, an der schon heute – ohne dieses enorme zusätzlich Verkehrsbelastung – der Grenzwert für NO₂ überschritten ist. Damit nicht genug. Das Konzept sieht vor, dass von dort aus der Straßenzug Rutesheimer Straße/Lindenstraße der künftige ‚Hauptzubringer‘ zur Stadtmitte werden soll. Daher sollen dort künftig bis zu ca. 5000 Kfz/Tag zusätzlich verkehren, und zwar nicht nur ausschließlich PKW wie heute sondern auch LKW-Zulieferverkehr für die Versorgung des Geschäftsviertels der Innenstadt. Ein einziger LKW bewirkt im Durchschnitt ca. den 30-fachen NO₂ Ausstoß gegenüber einem normalen PKW. Damit ist an diesem Straßenzug mit einer ähnlich hohen Schadstoffbelastung wie heute an der Grabenstraße zu rechnen. Ausgerechnet an diesem Straßenzug sieht das preisgekrönte Modell für ‚Leonberg Mitte‘ intensive Wohnbebauung vor.

Da die Verteilung des Verkehrs aus dem Tunnel über die Mühlstraße/Bahnhofstraße und die Rutesheimer Straße in Richtung Rutesheim erfolgen soll, erhöht sich auch dort und im weiteren Verlauf auch an der Gebersheimer Straße die Verkehrsbelastung teilweise um bis zu ca. 200%. Frühere NO₂ Messungen im Jahre 2001/2002 an der Gebersheimer Straße haben dort einen Jahresmittelwert von über 60 µg/m³ ergeben.

Der Altstadttunnel würde also eine flächendeckende zusätzliche ‚Verseuchung‘ eines ganzen Stadtviertels mit verkehrsbedingten Luftschadstoffen bewirken. Da es sich dabei im Unterschied zum Straßenzug ‚Gabenstraße/Eltinger Straße‘ nahezu ausschließlich um reine Wohngebiete handelt, würden hier erheblich mehr Anwohner zusätzlich belastet als in jenem Bereich entlastet. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass der Altstadttunnel insgesamt mehr Verkehr in die Stadt zieht – insbesondere durch seine nicht zu verhindernde Funktion als attraktive Autobahnausweichstrecke. Der Teufel würde also mit dem Belzebub ausgetrieben.

Die Anwohner der Rutesheimer Straße und der Gebersheimer Straße haben bereits ab dem Jahr 2010 das gesetzliche, einklagbare Recht, dass die Behörden dafür sorgen, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Eine Baumaßnahme, welche die bereits heute prekäre Schadstoffsituation noch weiter verschlimmert, kann niemals genehmigungsfähig sein. Es wäre ein Schildbürgerstreich ohne Beispiel, wenn eine Stadt weit mehr als 50 Mio € ausgeben würde, nur um ein bestehendes Problem von einem Stadtteil in einen anderen zu verlagern und die Schadstoffsituation insgesamt noch zu verschlimmern. Der Luftreinhalteplan und die erst kürzlich mit hohem Aufwand eingerichtete Umweltzone würden dann endgültig zur Farce.

Wir fordern daher, dass die weitere Planung zum Altstadttunnel sofort eingestellt wird. Jeder Euro, der dafür ausgegeben wird, ist rausgeschmissenes Geld, welches in Leonberg dringend für echte Entlastungslösungen benötigt wird. Frühere Bürgerbeteiligungen und der zweite Teil des ‚Doppelbeschlusses‘ des Gemeinderats vom 24. Juli des vergangenen Jahres, der letztlich ausdrücklich darauf abzielte, "einen solchen Tunnel obsolet zu machen", weisen dafür die Richtung (Stichworte: ‚Maßnahmemix‘ und ‚Mobilitätskonzept‘). Ein verbissenes Festhalten an dem totgeborenen Kind Altstadttunnel nach dem Motto ‚Wir müssen endlich etwas tun‘ oder ‚Augen zu und durch‘ bringt Leonberg nicht weiter sondern fügt der Stadt erheblichen weiteren Schaden zu.

Anlage: Bericht der LUBW